



An den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses  
Jörg van Geffen

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 15.10.2018

**AN/1404/2018**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	06.11.2018

**Sachstand Frischezentrum**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 29.08.2018 meldete Radio Köln „das Aus für das in Marsdorf geplante Frischezentrum rücke immer näher“ und bezieht sich auf ein von der Verwaltung in Auftrag gegebenes Gutachten, das Radio Köln vorliege.

Der Rat hat am 10.07.2017 seinen Beschluss, den Großmarkt in ein neues Frischezentrum in Marsdorf zu verlagern, bekräftigt. Wesentliche weitere Beschlussinhalte waren der Auftrag an die Verwaltung, in Marsdorf bis spätestens 2020 Planungs- und Baurecht zu schaffen, die Ergebnisse einer gutachterlichen Prüfung beihilferechtlicher Fragen vorzulegen sowie unterschiedliche Betriebsformen zu untersuchen.

Die Verwaltung informierte zwischenzeitlich (Mitteilung 2937/2017), dass die beihilferechtliche Prüfung vergeben worden und eine erste Tendenzeinschätzung zum Ergebnis gelangt sei, dass das Vorhaben einer gesonderten beihilferechtlichen Rechtfertigung bedürfe.

In diesem Kontext kündigte die Verwaltung an, die Argumentation zur beihilferechtlichen Rechtfertigung zu vertiefen und auf dieser Basis Gespräche mit dem Landeswirtschaftsministerium zu führen. Dabei sollte auch die Frage angesprochen werden, wie die Wirtschaftsministerien des Landes und des Bundes ein etwaig notwendiges Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission beschleunigen könnten. Parallel sollte die Untersuchung und Bewertung möglicher Betriebsformen beauftragt werden.

Die SPD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der konkrete Bearbeitungsstand zur Schaffung des Planungs- und Baurechtes für ein Frischezentrum in Marsdorf? Welche Bearbeitungs- bzw.

Verfahrensschritte sind noch vorzunehmen? Welche Termine sieht die Zeit-/Maßnahmenplanung der Verwaltung hierzu vor?

2. Wann wurden die Gutachten zum Beihilferecht und zu möglichen Betriebsformen und deren Wirtschaftlichkeit konkret in Auftrag gegeben? Liegen schriftliche Ergebnisse hierzu vor und wenn ja, seit wann liegen der Verwaltung Ergebnisberichte vor? In welcher Form wurden Vorschläge der IG Kölner Großmarkt e. V. zur zukünftigen Betriebsform und zum Flächenbedarf in dem Prozess berücksichtigt, wie dies der Ratsbeschluss vom 10.07.2017 vorsieht? Wann werden die Gutachten der Politik vorgelegt?
3. Welche Gespräche hat es bislang zwischen der Verwaltung und dem Landeswirtschaftsministerium gegeben, um erstens Unterstützung in der beihilferechtlichen Rechtfertigung des Vorhabens zu erhalten und zweitens ein ggf. notwendiges Notifizierungsverfahren vorzubereiten?
4. Laut Presseberichterstattung (vgl. KStA vom 18.09.2018) hat die Oberbürgermeisterin den Händlern auf dem Großmarktgelände bereits Planungssicherheit bis 2023 zugesichert. Um eine nahtlose Verlagerung der Betriebe an den neuen Standort in Marsdorf zu gewährleisten, muss demnach das Frischezentrum bis Ende 2023 errichtet sein. Von welchen Zeiträumen für Planung und Bau des Gebäudekomplexes geht die Verwaltung hierbei aus?
5. Wie sehen die aktuellen Planungen der Verwaltung zum Ausbau der „Marktstadt“ im Rahmen der Umsetzung der „Parkstadt Süd“ aus? Der mit der Vorlage 0728/2017 vorgestellte Grobterminplan geht von einem Ausbau ab 2023 aus. Ist diese Planung nach wie vor aktuell? Wie stellt sich der aktuelle Terminplan (Zeit-/Maßnahmenplan) dar?

Die Beantwortung der Anfrage soll auch dem Stadtentwicklungsausschuss sowie den Bezirksvertretungen Lindenthal und Rodenkirchen vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin